

Bedingungsloses Grundeinkommen statt Lohnzwang

Vortrag am 25.08.05 in Magdeburg auf der Veranstaltung „Grundeinkommen statt Hartz IV – eine andere Welt erwachsen lassen“ von attac Magdeburg und dem Bildungsverein Elbe-Saale

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, also ein Grundeinkommen, das es einfach so, ohne Gegenleistung gibt, ist die Umkehrung des gegenwärtigen Trends. Derzeit geraten die Schwächeren der Gesellschaft immer mehr in den Würgegriff der Zumutungen eines zunehmend autoritären Sozialstaates.

Meine These in diesem Zusammenhang ist erstens, dass als Triebkraft für das Zustandekommen der Reformen zu Ungunsten der Arbeitslosen auch das Lohnprinzip eine verhängnisvolle Rolle spielt, dass vorherrschende Gerechtigkeitsvorstellungen über einen gerechten Lohn mit verantwortlich sind für Neuerungen wie Hartz IV und die Agenda 2010, und dass es erst dann zu einer Trendwende zugunsten der ökonomisch Schwächeren kommen kann, wenn dieses Lohnprinzip an Kraft verliert, mehr und mehr zurückgedrängt wird. Zweitens: Bestandteil einer solchen Trendwende weg von der harten Lohngerechtigkeit und hin zu einer solidarischen Gerechtigkeitskonzeption wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

1. Die Krise der Lohngesellschaft

Produktivitätssteigerung und Unterbietungskonkurrenz

Die Lohngesellschaft ist eine Sackgasse. Arbeit wird immer produktiver, wird in diesem Sinne immer überflüssiger, wird immer mehr abgeschafft bzw. könnte immer mehr abgeschafft werden. Um zu leben, sind die Leute jedoch immer mehr auf Erwerbseinkommen angewiesen. Daraus resultiert die Unterbietungskonkurrenz der leicht Ersetzbaren. Diese hat zwei Aspekte: - je überflüssiger ich für die Arbeit bin, desto leichter werde ich durch Maschinen ersetzt, und - je leichter ich durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden kann, desto intensiver muss ich mich – in immer härterer Konkurrenz gegen immer mehr andere leicht ersetzbare, potentiell überflüssige Arbeitskräfte – um immer miesere Jobs drängeln.

Lohnprinzip-verschärfende Sozialreformen: „keine Leistung ohne Gegenleistung“

Was macht die Politik in dieser Situation? Sagt sie: ach wie schön, dass Arbeit immer überflüssiger wird – dann können wir ja den Druck aus dieser unsinniger werdenden Lohngesellschaft herausnehmen. Nein, das macht sie nicht, sondern das glatte Gegenteil: Alle Parteien fordern „Vorfahrt für Arbeit“. Die aktuellen Sozialreformen verschärfen den Lohnzwang; keine Leistung ohne Gegenleistung. Neu ist, dass sogar die Gewährung des Existenzminimums an Bedingungen geknüpft ist. Sogar die Hilfe für die Ärmsten, das Arbeitslosengeld II – eigentlich Lohnersatz – hat inzwischen den Charakter des Lohnes für eine zu erbringende Gegenleistung. Und „Hilfe“ heißt in diesem Zusammenhang, die Leute

dazu abzurichten, sich den verschärften Zumutungen zu unterwerfen, Hilfe heißt, bezogen auf Arbeit, pädagogische Anmaßung, Bevormundung, letztlich Zwang.

Die Akzeptanz und die zum Teil eifernde Befürwortung dieses inhumanen und unsinnigen Umgangs mit Arbeitslosen beruht **auch** auf dem vorherrschenden Lohnprinzip; der Vorstellung eines gerechten Lohnes, den eben nur diejenigen bekommen sollen, die dafür eine Gegenleistung erbringen.

Funktion der Armut: abschreckendes Beispiel; Armut und Arbeit

Die Konsequenz der Verschärfung der sozialstaatlichen Regelungen ist die Zunahme von Armut.

- Armut bedeutet zum einen ganz schlicht, zu wenig zu haben.
- Armut hat etwas mit Perspektiven zu tun, zum Beispiel ganz schlicht und brutal mit der wissenschaftlich eindeutig belegten Perspektive, eine geringere Lebenserwartung zu haben: „weil Du arm bist, musst Du früher sterben“, lautet ein berühmtes Zitat.
- Der Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen bestimmt Armut durch das Ausmaß an Unfreiheit, durch die Verringerung der Optionen, Verringerung der Lebenschancen.

Es ist interessant, dieses dritte Kriterium auf den Zusammenhang von Armut und Arbeit anzuwenden. Normalerweise heißt es: wer wieder „in Arbeit“ ist, hat es geschafft, ist nicht mehr arm, und deshalb kommt es vor allem anderen darauf an, den Leuten Arbeit zu geben.

Nun ist es aber so, dass die Beschäftigten immer mehr unter Druck geraten. Eingeschüchtert durch die Drohung der Armut sind sie diszipliniert und haben eine immer schwächere Verhandlungsposition. Deshalb kommt es immer mehr zu Armut trotz Arbeit, working poor.

Und es gibt auch Armut **wegen** Arbeit! einmal ganz schlicht materiell: wenn ich für meine Arbeit Aufwendungen habe für Fahrtkosten, für Kleidung. Armut wegen Arbeit aber auch in einem weiter gehenden Sinn: Arbeit führt zu Zeitarmut. Wer arbeitet, hat keine Zeit mehr für die Tätigkeiten, die ihm oder ihr vielleicht wichtiger gewesen wären.

Die alternativlose, sackgassenartige Ausrichtung auf Arbeit verringert die Optionen und ist in diesem Sinne kein Mittel gegen die Armut.

Es geht hier um die Armut der Arbeitsfähigen. Die Alten und die Kranken sind die „würdigen Armen“, deren Unterstützung durch den Sozialstaat nicht in Frage gestellt wird. Dagegen sind die Arbeitsfähigen, wenn sie nicht arbeiten, die „unwürdigen Armen“ (eine sehr alte Unterscheidung, die durch Hartz IV wieder an Bedeutung gewonnen hat); dass sie nicht arbeiten, ist ihre Schuld, und die Armut ist die gerechte Strafe. Und hieraus ist auch leicht die gesellschaftliche Funktion der Armut zu ersehen: der Sinn von Strafe ist Abschreckung, der Sinn der Armut ist die Abschreckung der Beschäftigten, die immer mehr unter Druck geraten. Damit schließt sich der Kreis.

2. Stärkung der individuellen Freiheit durch das bedingungslose Grundeinkommen

Unmittelbar leuchtet ein, dass das Grundeinkommen das gesellschaftliche Gegenmittel gegen die Armut ist. Es behebt nicht nur den materiellen Mangel, sondern erhöht auch die Optionen der Individuen. Insofern sprechen vor allem auch liberale Argumente für das Grundeinkom-

men. Das Grundeinkommen für alle ist eine Stärkung der individuellen Freiheit aller. Philippe Van Parijs nennt das „Wirkliche Freiheit für alle“. In der kapitalistischen Marktwirtschaft bleiben trotz formaler Freiheit die Lohnabhängigen den Zwängen des Marktes, dem stummen Zwang der Verhältnisse, unterworfen. Die „wirkliche Freiheit“ aller kann dadurch erhöht werden, indem alle ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten.

- Grundeinkommen konkret, 4 Kriterien

Es gibt ganz verschiedene Vorschläge für die Grundsicherung, das Bürgergeld, das Existenzgeld und eben das Grundeinkommen; (das Arbeitslosengeld II heißt übrigens Grundsicherung für Arbeitsuchende). Es gibt ein Wirrwarr an Begriffen, die z.T. mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt werden, z.B. meint Wolfgang Engler mit „Bürgergeld“ nicht das Bürgergeld-Modell der FDP, welches ein Kombilohn-Modell mit Arbeitszwang ist, sondern ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Um Klarheit zu erhalten, wovon die Rede ist, empfiehlt es sich, 4 Kriterien zu bedenken; je besser die viel Kriterien erfüllt sind, um so mehr handelt es sich um ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es vom Netzwerk Grundeinkommen gefordert wird (mit zum Teil sehr unterschiedlichen Begründungsargumenten, die Argumente, die ich hier vortrage, sind nicht notwendigerweise alle Konsens innerhalb des Netzwerkes Grundeinkommen).

- existenzsichernd, Abschaffung der Armut

das Grundeinkommen ist existenzsichernd im Sinne einer basalen gesellschaftlichen Teilhabe, ist armutsfest, es muss verlässlich sein. Es sollte auf jeden Fall mehr sein als das ALG II. Es spricht nichts dagegen, ein höheres Grundeinkommen zu fordern, so lange das zu verteilende Gesamtprodukt, der gesamte gesellschaftliche Reichtum, zur nachhaltigen Finanzierung ausreicht.

- individuelles Anrecht

Jede Person einzeln hat Anrecht auf das Grundeinkommen; damit werden die Personen von ihren Angehörigen unabhängig, z.B. die Frauen von ihren Ehemännern.

- keine Bedürftigkeitsprüfung

Alle Personen bekommen das Grundeinkommen, es gibt keine inquisitorische Bedürftigkeitsprüfung, keine Schnüffelei der Behörden in den Privatsphären der Leute, keine Offenlegung der privaten Lebensumstände, um Bedürftigkeit nachzuweisen.

Natürlich müssen die steuerlich relevanten Tatbestände (Einkommen, evtl. Vermögen) geprüft werden, denn um das Grundeinkommen zu finanzieren, müssen Steuern erhoben werden. Das heißt konkret: auch Reiche bekommen das Grundeinkommen, müssen aber mehr Steuern zahlen, so dass sie unter dem Strich Nettozahler sind.

- kein Arbeitszwang

Das ist das umstrittenste Kriterium. Ich bekomme mein Grundeinkommen, auch wenn ich nicht arbeite. So weit ist es noch nicht überraschend, denn das Grundeinkommen soll selbstverständlich die Arbeitslosen materiell absichern. Ich bekomme es aber auch dann, wenn ich mich überhaupt nicht um Arbeit bemühe, wenn ich überhaupt nicht zur Verfügung stehe, wenn ich andere Dinge tue, die ich für sinnvoll halte, und auch, wenn ich nichts tue.

Dieses ist der eigentliche Witz des Grundeinkommens und der Stein des Anstoßes: seine Bedingungslosigkeit.

In diesem Zusammenhang ist die ausreichende Höhe noch einmal wichtig: denn wenn das Grundeinkommen zu niedrig ist, bleibt ein faktischer Arbeitszwang (der in Kombilohn-Modellen auch gewünscht ist).

Leicht zu erkennen ist, dass die 4 Kriterien durchgängig in Opposition zu Hartz IV stehen:

- Das Arbeitslosengeld II ist für viele ehemalige ArbeitslosenhilfeempfängerInnen eine Verschlechterung, in Zukunft rutschen viele Arbeitslose bereits nach einem Jahr auf das Sozialhilfeniveau herunter.

- Das Arbeitslosengeld II gibt es für Bedarfsgemeinschaften und nicht für Individuen. Es verstärkt finanzielle Anhängigkeiten zu Angehörigen.

- Die Bedürftigkeitsprüfung wurde verschärft. Ersparnisse müssen weit gehend aufgebraucht werden.

- Und schließlich, und darauf sind die Reformerinnen ja besonders stolz, und das halten sie für besonders mutig: die Zumutbarkeitskriterien wurden verschärft. Jede legale Beschäftigung ist zumutbar, es gibt Zwang zu 1-Euro-Jobs, es gibt unsinnige Auflagen, sich wie blöd zu bewerben. Dies sind keine Schikanen, die der schlechten Laune der Beamtinnen entspringen, sondern dies kommt direkt aus dem Gesetz: im § 2 des SGB II steht, dass „erwerbsfähige Hilfebedürftige ... alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen (müssen), ... aktiv an allen Maßnahmen (zur) Eingliederung in Arbeit mitwirken“ – und das in einer Gesellschaft, in der es dank Produktivitätsfortschritt immer weniger Arbeit gibt.

- Finanzierung

Sehr schnell wird nach der Finanzierung des Grundeinkommens gefragt, in der Regel von Leuten, die vom Grundeinkommen nichts halten, und es mit seiner Nichtfinanzierbarkeit erledigen wollen. Hierzu drei Bemerkungen:

- das Überfluss-Argument

Bevor konkrete Finanzierungsmodelle beurteilt werden, empfiehlt sich die ökonomische Argumentation: Wenn Arbeit immer überflüssiger wird, kann es nicht sinnvoll sein, die Leute durch immer härtere sozialstaatliche Rahmenbedingungen immer mehr in die Arbeit zu treiben, also den Arbeitszwang in dem Maße zu verschärfen, in dem Arbeit abgeschafft werden kann und zum Teil auch wird.

Notwendig ist hier eine kleine Revolution in den Köpfen, die Umwertung der Überflüssigkeit: vom Fluch des Nicht-gebraucht-werdens zum Segen des möglichen Überflusses.

Wenn das gelingt, dann wird das Überfluss-Argument auch einleuchten: In einer Gesellschaft, in der es wachsenden stofflichen Reichtum geben kann, muss es möglich sein, alle Gesellschaftsmitglieder am gesellschaftlichen Reichtum zu beteiligen.

Natürlich muss der mögliche Überfluss auch hergestellt werden. Die Höhe des Grundeinkommens erreicht ihre Grenze in einem Nachlassen der Arbeitsbereitschaft, sofern dieses Nachlassen der Arbeitsbereitschaft das Gesamtprodukt so weit verringert, dass die Finanzierung des Grundeinkommens gefährdet wird.

(Oder: Die Höhe des Grundeinkommens erreicht ihre Grenze in einem Nachlassen der Arbeitsbereitschaft, insofern dieses Nachlassen der Arbeitsbereitschaft das für die Finanzierung des Grundeinkommens maßgebliche Gesamtprodukt verringert.)

- Finanzierungsmodelle

Die Vorschläge zur Finanzierung unterscheiden sich im wesentlichen darin, ob sie direkte Steuern für die Finanzierung heranziehen oder indirekte Steuern.

Die BAG-SHI hat, einfach um die prinzipielle Finanzierbarkeit plausibel zu machen, ausgerechnet, dass u. a. eine zusätzliche Abgabe, die Hälfte aller Nettoeinkommen (take half), ausreichen würde, um an alle ein Existenzgeld von ca. 800 Euro + Miete zu zahlen. Das wäre in der Wirkung eine Erhöhung der Einkommensteuer.

Andere fordern eine Erhöhung der Umsatzsteuer, z.B. der Unternehmer Götz Werner eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 48 %. Damit die Leute die durch die erhöhte Umsatzsteuer verteuerten Produkte auch kaufen können, fordert Götz Werner ein entsprechend hohes Grundeinkommen in Höhe von 1.500 Euro.

- Übergang von Hartz IV zum bedingungslosen Grundeinkommen

Schließlich ist zu bedenken, dass nicht auf einen Schlag ein hohes Grundeinkommen eingeführt werden wird. Es wird Übergangsschritte geben; ob es gute Übergangsschritte sind, lässt sich anhand der vier Kriterien überprüfen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres ist die weitere Finanzierbarkeit zu evaluieren.

3. Perspektiven jenseits von Vollbeschäftigung und Lohngesellschaft

Welche Perspektiven eröffnet eine Gesellschaft mit Grundeinkommen? Typischerweise wird das Grundeinkommen

- zum einen unterschätzt (in linken Kreisen): eine Grundeinkommen-Gesellschaft sei ja noch Kapitalismus, keine Revolution, völlig systemkonform, reformistisch, staatsfixiert;
- andererseits für völlig utopisch (im schlechten Sinne) erklärt. Behauptet wird, die Finanzierung sei unmöglich, und kein Mensch werde mehr arbeiten, wenn es Geld einfach so gebe. Ich denke, beides sind Fehleinschätzungen. Auf jeden Fall ist es wichtig, sich über eine Welt mit Grundeinkommen Gedanken zu machen.

- kontinuierliche Existenzsicherung, Stabilisierung der Binnennachfrage

Eine Entwicklungstendenz unserer derzeitigen Arbeitswelt ist die Prekarisierung: die Einkommensverhältnisse werden immer unsicherer, es gibt immer mehr befristete Arbeitsverträge, Werkverträge, Tätigkeiten gegen Honorar, auch kurzzeitig befristete Verträge bis hin zum Tagelöhnerdasein. Die Erwerbsverläufe sind zunehmend diskontinuierlich. Diese Entwicklung ist ja nicht **nur** schlecht: eine jahrzehntelanges völlig gleichförmiges, um nicht zu sagen eintöniges Berufsleben wollen ja auch viele nicht mehr. Nur: es gibt das Problem mit dem unsicheren, stark schwankenden Einkommen. Und hier wäre das Grundeinkommen die kontinu-

ierliche Einkommenssicherung; es würde die diskontinuierlichen Erwerbsverläufe lebbar machen.

Beim Stichwort Kontinuität: Ein verlässliches, armutsfestes Grundeinkommen wäre eine zuverlässige Massenkaukraft und würde die Binnennachfrage stabilisieren. Das ist das keynesianische Argument pro Grundeinkommen: Stärkung der Nachfrage. Es ist dies neben dem Hinweis auf den Produktivitätsfortschritt und dem deshalb möglichen Überfluss das zweite volkswirtschaftliche Argument. Das dritte ist die Perspektive der Dynamisierung selbstbestimmten Tätigseins, siehe „in Freiheit tätig sein“.

- Einkommen: Lohn für ... oder Ermöglichung von ...

Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein Lohn. Das Lohnprinzip lautet: die Arbeit (oder allgemeiner: die zu belohnende Gegenleistung) ist die Voraussetzung für das Einkommen. Beim bedingungslosen Grundeinkommen verhält sich die Sache umgekehrt, gilt so etwas wie ein Ermöglichsprinzip: das Einkommen ist die Voraussetzung für meine Tätigkeiten. Das Lohnprinzip verengt die Spielräume, die Leute sind gezwungen, sich nach Arbeit abzustampeln, um den existenzsichernden Lohn zu bekommen, nach dem Motto „rette sich wer kann“. Arbeit wird immer mehr zum Selbstzweck, hat immer mehr den Charakter eines „knappen Gutes“. Im Hintergrund lauert die Drohung: es reicht nicht mehr für alle. Die angeblich mutigen und in Wirklichkeit nur rabiaten Reformerrinnen und Reformer behaupten mit betont sorgenvollen Mienen, dass es hierzu keine Alternative gäbe. In Wirklichkeit sind ihre Reformen unsinnig und gefährlich. Das umgekehrte Prinzip, das Ermöglichsprinzip, beruht auf der Einsicht, dass es „genug für alle“ gibt (so auch der Name einer Arbeitsgruppe bei attac), und erweitert die Spielräume.

- in Freiheit tätig sein

Schon heute wird, mehrheitlich von Frauen, unbezahlte Arbeit verrichtet: im Bereich der Reproduktion, der Pflege. Unbezahlte Arbeit wäre durch ein Grundeinkommen finanziell abgesichert.

Das Grundeinkommen stärkt die „wirkliche Freiheit“, das heißt, alle können in höherem Maße das tun, was sie wollen. Es ermöglicht Lebensentwürfe der „Multiaktivität“ (André Gorz): ganz bewusst in verschiedenen Bereichen tätig sein, z.B. Teilzeit in Erwerbsarbeit, darüber hinaus unbezahlt in sozialen, kulturellen oder politischen Projekten, und eben in der Familie. Das bedeutet jetzt nicht, dass bei Einführung des Grundeinkommens plötzlich alle – über lange Jahre gedemütigten – Langzeitarbeitslosen jubelnd und mit Hurra in ehrenamtlichen Aktivismus ausbrechen. Eher wird es zu Verschiebungen kommen. Leute werden sich zum Teil oder vorübergehend von der Erwerbsarbeit verabschieden, werden aus Arbeitsplätzen, in denen sie unterfordert oder fehlgefordert sind, aussteigen und damit Platz machen für andere, denen es dort besser gefällt.

Aus dem Umstand, dass viele Leute jetzt mehr oder weniger im Zustand innerer Kündigung in mehr oder weniger ungeliebten Jobs festsitzen und vielleicht Vorstellungen darüber haben, was sie viel lieber machen würden, lässt sich ersehen, welche Dynamisierung selbstbestimmter Tätigkeiten das Grundeinkommen bewirken könnte.

Der entscheidende Punkt ist immer: herrscht Zwang, droht eine Kürzung der Transfereinkommen durch die zuständige Behörde, oder bestehen Freiheitsgrade, Spielräume, Optionen, sich so oder auch anders zu entscheiden.

Gegner und Gegnerinnen des Grundeinkommens aus der politischen Linken setzen weiterhin auf Vollbeschäftigung und müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, ob Vollbeschäftigung überhaupt noch möglich ist. Interessanter jedoch als die Frage, ob Vollbeschäftigung in Zukunft jemals wieder möglich sei, ist die andere Frage, ob Vollbeschäftigung, oder die Vermehrung von Beschäftigung, überhaupt **wünschenswert** ist. Ist die humanere Gesellschaft nicht diejenige, die Arbeit, zumindest die unangenehmen Varianten der Arbeit, immer mehr **abschafft!**

- notwendige Aufgaben, unangenehme Arbeiten, sinnvoller Zwang

Die Abschaffung von immer mehr Arbeit mag eine schöne Utopie sein, lautet der gängige Einwand, nur es gibt notwendige Aufgaben, die zu erledigen sind, und die sind nun einmal mit Arbeit, zum Teil auch mit unangenehmer Arbeit verbunden.

Wenn es nun, so wird gern argumentiert,

- auf der einen Seite Arbeitslose gibt, die etwas tun könnten,
- und auf der anderen Seite viele unerledigte, notwendige Aufgaben erfüllt werden müssten, dann liegt es doch nahe, diese beiden Seiten einfach zusammenzubringen.

Nur, wer die potenzielle Arbeit der Arbeitslosen als einfach so brachliegende Ressource betrachtet, die umstandslos für die Erfüllung notwendiger Aufgaben heranzuziehen und auszubehuten sei, kann die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens nicht wollen. Denn Unter der Bedingung eines bedingungslosen Grundeinkommens bleibt es den Leuten selber überlassen, welche Arbeit ihnen angenehm ist und sinnvoll erscheint und welche nicht. In der Logik des Grundeinkommens lässt sich die Frage der unangenehmen Arbeiten sehr leicht beantworten: es werden sich Leute finden, die bereit sind, diese zu tun, aber sie werden Bedingungen stellen. Das Grundeinkommen bedeutet gestärkte Verhandlungsmacht, unangenehme Arbeit muss teurer bezahlt werden. Und wenn die unangenehme Arbeit teurer bezahlt werden muss, dann ist das ein ökonomischer Anreiz, diese seltener durchführen zu lassen oder sie durch Technik zu ersetzen. Insofern ist das bedingungslose Grundeinkommen ein ökonomischer Anreiz zur Abschaffung unangenehmer Arbeit.

Nun lassen sich aber nicht alle Arbeiten, die unangenehm sind, ohne weiteres abschaffen. Es gibt Arbeiten, um die sich die Leute nicht gerade reißen, die aber unstrittig sinnvoll sind, wie etwa im Bereich der Pflege: diese Tätigkeiten müssen ganz einfach besser bezahlt werden. Politisch bedeutet dies, dass es nicht genügt, um das Grundeinkommen zu kämpfen, dass es weiterhin darum geht, auch um andere Ziele zu kämpfen. Das Grundeinkommen löst nicht alle Probleme. Das behauptet aber auch niemand.

Ist es nicht besser, den Arbeitslosen die Möglichkeit zur „Teilhabe an Arbeit“ zu bieten, als sie nur zu versorgen, zu alimentieren, abzuspeisen und in ihrer Nutzlosigkeit für die Gesellschaft allein zu lassen? Wer so argumentiert, muss sich klar dazu äußern, mit welchen Sanktionen die Ablehnung von Arbeits- und Beschäftigungs-„Angeboten“ bestraft werden soll, muss sich folglich klar zu einer etwas deutlicheren Frage äußern: Gibt es sinnvollen Arbeits-

zwang? Zwei Einwände sprechen dagegen, selbst wenn es Einzelfälle gebe sollte, in denen Zwang für die Betroffenen sogar heilsam ist.

- Wer die Inaktivität der Leute beklagt, hat die repressiven Bedingungen zu betrachten, die zu dieser Inaktivität führen. Trotziges Desinteresse an den obrigkeitlich gewünschten und angeordneten Aktivitäten ist jedoch immer noch die sympathischere Reaktion auf Anmaßungen aller Art (mögen sie sich nun als Druck verstehen oder mehr als Hilfe, also die pädagogische Anmaßung), sympathischer, vernünftiger und gesünder als devotes Kratzbuckeln.

- Wer die Wenigen, denen Zwang unter Umständen tatsächlich „auf die Sprünge helfen“ würde, zum allgemeinen Leitbild für die Lösung für das Problem der Massenarbeitslosigkeit auserwählt, outet sich damit als autoritärer Charakter, dem so etwas wie individuelle Freiheit von vorneherein verdächtig ist.

- Legitimierung der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Es ist sinnvoll, das Thema der Finanzierung noch einmal zu betrachten. Die entscheidende Frage lautet: warum sollen eigentlich diejenigen, die arbeiten, an diejenigen, die nicht arbeiten, etwas abgeben. Gesellschaftsphilosophen wie Philippe Van Parijs behandeln diese Frage ausführlich. Hier nur kurz verschiedene Antworttypen.

a) Ausweitung des Arbeitsbegriffs auf unbezahlte Tätigkeiten: v.a. Reproduktionsarbeit, Bekümmernsarbeit aller Art, das Grundeinkommen ist also der pauschale Lohn für alle die anderen Arbeiten, die nicht formelle Lohnarbeit sind. Aus dieser Art der Rechtfertigung ergibt sich im Umkehrschluss für die Leute, die Grundeinkommen beziehen (wollen), die Notwendigkeit, für das, was sie tun, die Anerkennung als Arbeit zu erlangen, also ein Stück der Definitionsmacht darüber zu erlangen, was als Arbeit anerkannt wird. Es handelt sich hierbei gerade nicht um ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern um Grundeinkommen als Lohn. Die Ausweitung des Arbeitsbegriffs impliziert eine entsprechende Ausweitung des Lohnbegriffes.

b) Das bedingungslose Grundeinkommen ist jedoch kein Lohn (als Lohn ist es nicht bedingungslos). Wie ist es zu rechtfertigen? Es gibt einen Zielkonflikt zwischen

- einer sehr harten Geltung des Eigentumsrechtes, und damit des Rechtes, dieses Eigentum zu tauschen, und damit des Lohnprinzips, auf der einen Seite
- und der Vermehrung individueller Freiheit auf der anderen Seite.

Wer für die Vermehrung individueller Freiheit ist, muss folglich für eine gewisse Einschränkung, für eine Relativierung des Eigentumsrechtes zum Zwecke der Umverteilung zugunsten der ökonomisch Schwächeren sein.

c) Eine andere Rechtfertigung knüpft daran an, dass Arbeit eben nicht nur verlorene Lebenszeit, Unterwerfung unter Hierarchien etc. ist, sondern zusätzlich zum Lohn für die Beschäftigten auch weitere Vorteile bringt: Kontakte zu anderen Menschen, interessante Aufgaben, Anerkennung, die einem gut tut. Arbeit nur zum Teil Arbeitsleid und überwiegend ein Bündel von Wünschbarkeiten. Was liegt näher, als diejenigen, die ungerechterweise von all diesen Segnungen eines Beschäftigungsverhältnisses ausgeschlossen sind, also die Arbeitslosen, zumindest finanziell dafür zu entschädigen, dass sie davon ausgeschlossen sind.

- je geringer der Lohnzwang, desto stärker die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen

Die derzeitige Entwicklung ist: zunehmende Erpressbarkeit, zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen. Eine häufige Geschichte lautet: Jemand war arbeitslos, hat jetzt wieder einen Job mit ähnlichen Arbeitsinhalten, aber mit längeren Arbeitszeiten und mit weniger Geld. Das Grundeinkommen verschafft eine bessere Verhandlungsposition. Wer weniger erpressbar ist, kann leichter sagen: nein, unter diesen Bedingungen nicht. Und die Verringerung der Erpressbarkeit hat wiederum Auswirkungen auf

- den Lohn,
- auf die Arbeitszeit,
- auf andere Arbeitsbedingungen.

Gerade für die am schlechtesten Gestellten wird das Grundeinkommen zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen, und auch die darüber liegenden Gesellschaftsschichten sind nicht mehr so eingeschüchtert. Das Grundeinkommen ist eine graduelle Verringerung der Lohnabhängigkeit im Kapitalismus.

Je besser die Absicherung durch ein Grundeinkommen ist, desto mehr wandelt sich die Gesellschaft von einer Gesellschaft der erzwungenen Kooperation zu einer Gesellschaft der freien Kooperation (Christoph Spehr) und nähert sich an einen Kommunismus an, der die freie Assoziation der Individuen ermöglicht.

Kritiker des Grundeinkommens malen das Bild, dass die einen fröhlich von Grundeinkommen leben, während die anderen weiterhin das Joch der Arbeit zu tragen haben. Diese Kritiker haben den eigentlichen Witz des Grundeinkommens noch nicht ganz verstanden: Wenn, mit Grundeinkommens, alle in höherem Umfang das tun, was sie wollen, wird sich die Arbeit besser auf alle verteilen:

- wer weniger arbeiten will, wird dies tun können,
- damit haben bisher ausgegrenzte Arbeitslose die Möglichkeit, an Erwerbsarbeit heranzukommen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass Grundeinkommen und Erwerbseinkommen miteinander kombiniert werden können. Es gibt also nicht mehr das unschöne Nebeneinander

- von Leuten mit niedrigem Lohn, die den Arbeitslosen ihr Arbeitslosengeld II neiden, auf der einen Seite,
- und den BezieherInnen von Arbeitslosengeld II, die verständlicherweise keine Lust haben, auf einen unattraktiven Job zu wechseln, mit dem sie auch nicht mehr Geld haben als vorher, auf der anderen Seite.

Der Unterschied dieser Kombinierbarkeit Erwerbseinkommen und Grundeinkommen zu den gängigen Kombilohn-Modellen, die die Leute ja gerade in die schlecht bezahlte Arbeit dauerhaft hineindrängen sollen, ist die Bedingungslosigkeit und die ausreichende Höhe des Grundeinkommens.

Wie steht die eher traditionelle politische Linke (Gewerkschaften, traditionelle Arbeiterbewegung, WASG, PDS-Linkspartei) zum Grundeinkommen:

- Die gestärkte Verhandlungsmacht, die Zurückdrängung der Lohnabhängigkeit, die Transformation des Kapitalismus in eine Gesellschaft mit immer weniger Lohnabhängigkeit, dies alles werden sie befürworten, insofern werden sie für das Grundeinkommen sein.

- Die Zurückdrängung des Lohnprinzips, Grundeinkommen als leistungsloses Einkommen: das ist ihnen suspekt, in diesem Punkt sind sie gegen das Grundeinkommen.

Nur: wer die Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens nicht erträgt, wer deshalb den Arbeitszwang beibehalten will, hat nicht ernsthaft vor, die Erpressbarkeit, die Lohnabhängigkeit zu verringern, wer den Arbeitszwang beibehalten will, ist auch Täter oder Täterin der Einschüchterung, der Disziplinierung.

Es kommt von Gegnern und Gegnerinnen des Grundeinkommens gern der Spaltungsvorwurf: wer für das Grundeinkommen eintritt, spaltet die antineoliberale Opposition. Doch aus welchem vernünftigen Grund sollen Arbeitslose, die ein selbstbestimmtes Leben führen wollen, zur Einigkeit mit Leuten bereit sein, die eingestandenermaßen nicht davor zurückscheuen werden, sie zu Arbeiten zu zwingen, die sich diese Arbeitslosen nicht ausgesucht haben?

Der Wissenschaftler Georg Vobruba hat schon vor über 15 Jahren die Gewerkschaften dazu aufgefordert, jenseits ihrer traditionellen Aufgabe, des Schutzes der Arbeitnehmer, neue Solidarisierungsprozesse zu inszenieren, Solidarisierungsprozesse, in die auch die Randbelegschaften, die Prekarisierten, die Arbeitslosen, die Migranten und Migrantinnen miteinbezogen sind. Diese Aufforderung ist heute noch aktueller als damals.

Literatur:

Gorz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie, (Paris 1997) Frankfurt a.M. 2000

Spehr, Christoph: Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation, zugleich Beantwortung der von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg gestellten Frage: "Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?", Bremen 2000

Van Parijs, Philippe: Real Freedom for All, New York 1995

Vobruba, Georg: Warum haben die Gewerkschaften Schwierigkeiten mit dem Thema Grund-sicherung; in Gewerkschaftliche Monatshefte 11'89

Websites:

archiv-grundeinkommen.de

basicincome.org

grundeinkommen.de